

UND was NUN?

Über die westlichen Industrieländer hat sich rabenschwarze Stimmung gelegt. Höchste Zeit für die Politik, endlich zu begreifen, dass die Schuldenkrise im Wesentlichen eine Verteilungsfrage ist.

Von Daniel Binswanger
Illustration patric Sandri

«Karl Marx hatte recht. Der Kapitalismus ist dabei, sich selber zu zerstören.» Diese Aussage machte letzte Woche Nouriel Roubini in einem Interview des «Wall Street Journal». Roubini ist kein randständiger Linksintellektueller, sondern ein marktliberaler Starökonom. Er leitet eine Wallstreet-Beratungsfirma für Mak-roökonomie, ist regelmässig Gast am WEF und zählt, seit er als einer der ganz wenigen die Subprime-Krise vorausgesagt hat, zu den einflussreichsten Ökonomen überhaupt.

Das «Wall Street Journal» ist keine Gewerkschaftsgazette. Das Leitblatt der internationalen Geschäftswelt verfolgt einen marktliberalen Kurs und steht den amerikanischen Neokonservativen nahe. Von moralischen Skrupeln wird das Kapitalismusverständnis seines Verlegers Robert Murdoch nicht unbedingt belastet.

Karl Marx als der letzte Guru der neoliberalen Corporate Culture? Die Welt steht auf dem Kopf. Im Jahr drei nach der Leh-man-Pleite sieht es immer mehr danach aus, als würde sie so schnell nicht wieder auf die Füsse kommen.

In einer atemberaubenden Konvergenz der bösen Omen häufen sich die Krisensymptome: Das Wachstum kommt in den Industrienationen zum Stillstand. Die Börsen spielen verrückt. Finanztitel stürzen ab. Die Arbeitslosenzahlen verharren in den USA und in vielen Ländern Europas in astronomischer Höhe. Die Staatsschuldenkrisen spitzen sich zu.

Im Gleichtakt mit den ökonomischen verschärfen sich die politischen Spannungen. Der Amoklauf der Tea Party bringt die USA an den Rand der Unregierbarkeit. Arbeitslosigkeit und Sparprogramme haben in Teilen Europas die junge Generation ihrer Zukunftsperspektive beraubt, was Massendemonstrationen und Proteste nach sich zieht. Die Krawalle von London schliesslich werfen ein grelles Schlaglicht auf das angestaute Gewaltpotenzial.

Auch wenn die Randalierer in Englands Städten keinerlei politische Agenda verfolgen, und auch wenn Gott weiss was für sozialpsychologische Faktoren eine zusätzliche Rolle gespielt haben mögen: Niemand kann im Ernst bestreiten, dass der Jobmangel und die ökonomische Perspektivenlosigkeit, mit der die britische Unterschicht seit dreissig Jahren geschlagen ist, für die Plünderungen mitverantwortlich sind. Die Jugendlichen holen sich, was auf anderem Wege nicht erreichbar ist.



Diese Perspektivenlosigkeit dürfte sich in allen Industrienationen massiv verschärfen, und zwar auf lange Frist. Schmerzlich wird nun bewusst, dass die grosse Rezession, in welche die Weltwirtschaft von der Finanzkrise gestürzt wurde, schwieriger zu überwinden sein wird, als die Erholung des letzten Jahres vermuten liess. Die Führungseliten des Westens scheinen am Ende ihres Lateins zu sein.

Es ist nicht so, als ob niemand den drohenden Einbruch hätte kommen sehen. Vor dem Risiko einer zweiten Rezession warnten nicht nur «linke» Nobelpreisträger wie Stiglitz und Krugman, sondern auch der IWF oder Martin Wolf, der Chefökonom der «Financial Times». Es ist auch nicht so, als ob keine Vorschläge auf dem Tisch gelegen hätten, wie der jetzige Abschwung zu bekämpfen gewesen wäre. Man hätte weitere Konjunkturpakete aufgleisen und erst in einem zweiten Schritt den Abbau der Staatsschulden angehen sollen — nur schon weil die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern auf unerträglicher Höhe verharrt. Trotz diesen Warnungen gab man allerdings der Budget-Konsolidierung die absolute Priorität. Dass der Staat immer das schlimmste Problem und niemals die vernünftigste Lösung darstellt, wurde kurz nach der Bankenrettung bereits wieder zur einzigen Handlungsmaxime.

Die Demontage des Bürgertums

Jetzt herrscht Verwirrung und Katzenjammer. Roubini ist nicht der einzige Freund der freien Marktwirtschaft, der an deren Tugenden zu zweifeln beginnt. Charles Moore, ein glühender Thatcher-Verehrer, der als offizieller Biograf der eisernen Lady amtiert, hat eine heftige Debatte ausgelöst, indem er bekannte, sich zum ersten Mal in seinem Leben die Frage zu stellen: «Hat die Linke nicht am Ende recht?» Ein Thatcherianer stellt sich diese Frage kurz vor dem Weltuntergang. Oder fünf Minuten danach.

Moore beklagt die Zerstörung bürgerlicher Werte durch eine Finanzindustrie, die wie ein Problemteenager «nur nach Hause kommt, wenn sie kein Geld mehr hat», von den Regierungen neues Rettungskapital verlangt und dieses dann ungeniert an den internationalen Finanzmärkten wieder verzockt. Er beklagt, dass die neoliberale Wirtschaftsordnung, die doch Freiheit, Eigenverantwortung und Unternehmensgeist über alles stellt und jedem eine faire Chance geben sollte, nur noch dazu dient, dass eine kleine Oligarchie sich masslos bereichert — während es allen anderen immer schlechter geht. Seine Bilanz der Thatcher-Revolution nach drei Jahrzehnten? Gier zerstört Verantwortung.

Auch Frank Schirrmacher, Mitherausgeber der FAZ und Spiritus Rector des deutschen Bürgertums, nimmt die These auf vom Liberalismus, der seine eigenen Werte verraten hat. Seine Abrechnung mit CDU und FDP ist gnadenlos. Sie tolerierten, so Schirrmacher, dass der Neoliberalismus das «imaginative Depot der bürgerlichen Ideale: Freiheit, Autonomie, Selbstbestimmung» für seine ideologische

Offensive geplündert habe. Das Resultat davon sei «die Verhuzung und Zertrümmerung» der bürgerlichen Werte, die von den Rechtsparteien passiv hingenommen werde. Das Bürgertum habe sich von den Bonus-Bankern vorführen lassen — kampflös, konzeptlos, ruhiggestellt mit ein paar Begriffshülsen und ein paar Parteispenden. Wer würde zu behaupten wagen, dass auf die Schweiz, wo der Freisinn und die CVP seit Jahrzehnten in einer schweren Identitätskrise stecken, die schirrmachersche Analyse nicht zutrifft?

Die Banken wurden mit Staatsmilliarden gerettet — aber die Krise dauert trotzdem an. Jetzt wird die Lage ungemütlich. Um das zu verstehen, muss man Marx nicht gelesen haben. Warum aber greift der Ökonom Roubini auf die kommunistische Theorie zurück, um die heutige Situation zu analysieren?

Die beiden Phasen der Nachkriegsgeschichte

Nach Marx ist der Kapitalismus deshalb selbstzerstörerisch, weil er die Einkommensbasis der Arbeitnehmer untergräbt. Das Kernstück der marxischen Klassenkampftheorie bildet das Gesetz der fallenden Profitrate. Marx ging davon aus, dass mit fortschreitender Rationalisierung des Produktionsprozesses die Gewinne der Unternehmen laufend schrumpfen, dass deshalb die Anstrengungen zur Kostensenkung sich laufend verstärken und dass im Ergebnis die unteren Löhne zwangsläufig immer weiter sinken müssen. Der Kapitalismus, so Marx, wird daran scheitern, dass die Arbeiterklasse immer stärker verarmt und dass ihr irgendwann nichts anderes übrig bleibt, als gegen die Verelendung zu revoltieren.

Diese marxische Lohntheorie wurde von der Geschichte fulminant widerlegt — und zwar von der Wirtschaftsordnung in der Nachkriegszeit, als sowohl in Europa wie auch in den USA die unteren Einkommen in raschem Tempo auf nie gekannte Höhen stiegen und zu einem Massenkonsum und einem Massenwohlstand geführt haben, den die Welt noch nie gesehen hatte. Anstatt in Elend zu versinken, erreichte die «Arbeiterklasse» nach dem Zweiten Weltkrieg ein hohes Wohlstandsniveau und einen komfortablen Grad der sozialen Absicherung. Nicht Verarmung, sondern Massenwohlstand war die Entwicklungstendenz. Aber diese Zeiten sind vorbei.

Wir leben wieder in einer anderen Welt. Es wird ständig manifest, worauf etwa der Historiker Tony Judt immer wieder hingewiesen hat: Die Geschichte

der Industrienationen seit 1945 zerfällt in zwei Phasen, die sich erstaunlich stark voneinander unterscheiden. Die erste ging bis in die Siebzigerjahre. Es war die Phase der sozialen Marktwirtschaft. Die zweite begann Anfang der Achtziger und könnte jetzt an ihr Ende kommen. Es ist die Phase des Neoliberalismus, der sich in den angelsächsischen Ländern mit Thatcher und Reagan, in Kontinentaleuropa erst in den Neunzigerjahren durchzusetzen begann. Es ist, als hätten die entwickelten Länder in den beiden Phasen auf einem anderen Gesellschaftsvertrag beruht.

In allen Industrienationen sind die unteren Einkommensschichten wieder unter Druck geraten. Das Wirtschaftswachstum schreitet zwar weiterhin fort, die Welt wird immer reicher. Aber das Gesetz der fallenden Einkommen erlangt seit den Achtzigerjahren wieder seine Gültigkeit — erst in den angelsächsischen Ländern und seit etwa zehn Jahren auch in Kontinentaleuropa. Ein immer stärkeres Ungleichgewicht ist entstanden zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen sowie zwischen oberen und unteren Löhnen. Der Markt verteilt den Reichtum immer ungleicher. Das ist nach Roubini auch der eigentliche Grund, weshalb die Weltwirtschaft in Schiefelage geraten ist. Die neoliberale Wirtschaftsordnung hat sich nicht nur von mittelständischen Standards der sozialen Gerechtigkeit verabschiedet. Sie ist instabil und ineffizient geworden.

Doch wie hängt die aktuelle Krise mit der Einkommensverteilung zusammen? Zunächst war die Rezession ja die Folge einer Finanzkrise, die durch das Platzen der amerikanischen Immobilienblase ausgelöst wurde, sich durch das unterkapitalisierte, hyperintegrierte Finanzsystem verstärkte und schliesslich die ganze Weltwirtschaft in ihren Strudel riss. Was haben kollabierende Banken mit unterbezahlten Jobs zu tun?

Schulden ersetzen Löhne

Wie Raghuram Rajan, Professor an der University of Chicago, in einer beeindruckenden Studie gezeigt hat, steht beides in direktem Zusammenhang. Immobilienspekulation und die Vergabe von Hypotheken an einkommensschwache Bürger wurden zur amerikanischen Methode der Sozialpolitik. Während die mittleren Löhne stagnierten und die unteren Einkommen fielen, stieg der Verschuldungsgrad der amerikanischen Haushalte dramatisch an. Die nötige Kaufkraft, um durch den Binnenkonsum die Wirtschaft in Schwung zu halten, bezog der amerikanische Mittelstand nicht mehr aus seinem Salär, son-

dern aus seinen Krediten. Die Visa-Karte ersetzte den Lohnausweis. Die Hypotheken-Refinanzierung ersetzte den beruflichen Aufstieg. Das war die Wachstumsstrategie, die sinkende Löhne mit steigendem Konsum vereinte: bis die Blase platzte und Billionen Dollar vernichtet wurden.

Gezwungenermassen reagierten die Regierungen auf die Finanzkrise nicht mit Umverteilung von Einkommen, sondern mit der Notrettung der Finanzindustrie. In der Folge haben sich die Einkommensdisparitäten allerdings nicht verringert, sondern weiter verschärft. Das war moralisch zutiefst verstörend (die Brandstifter wurden belohnt), erschien in einer ersten Phase aber zu funktionieren: Einzelne Länder erholten sich erstaunlich rasch vom brutalen Schock im Jahr 2009. Doch jetzt beginnt die Lage zu kippen. Es droht ein Einbruch, der gefährlicher sein könnte als der Beinahekollaps des im Übrigen noch immer hochfragilen Bankensystems: Eine langfristige Nachfragekrise zeichnet sich ab.

Woher soll in den nächsten Jahren die Nachfrage kommen in den westlichen Ländern? Die breiten Massen haben keine Kaufkraft, sondern Schulden. Woher soll für Unternehmen der Anreiz kommen zu investieren, Arbeitsplätze zu schaffen und Produkte herzustellen, wenn die Konsumenten fehlen, die diese Produkte kaufen können? Niemand weiss darauf eine Antwort.

Der Harvard-Ökonom Kenneth Rogoff und mit ihm eine wachsende Zahl an Experten gehen davon aus, dass die westliche Welt vor einer Epochenwende steht. Nach Rogoff steuern wir nicht auf eine zweite Wachstumsdelle oder eine Rezession zu, die in ein paar Quartalen wieder überwunden sein wird. Die Stagnation dürfte sich über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte erstrecken. Japan hat vorgemacht, dass eine entwickelte Industrienation, die sich nach dem Platzen einer Finanzblase entschulden muss, für Jahrzehnte in Lähmung verfallen kann. Ein japanisches Szenario im Weltmassstab erscheint heute als plausibel.

Ineffiziente Märkte

Eine neue Ära könnte beginnen. Die letzten zwei Jahrzehnte, das heisst die Periode vom Ende des Kalten Krieges bis zu Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008 war die Zeit der amerikanischen Leadership. Die USA waren dynamischer als alle anderen Industrieländer. Wirtschaftlich schienen sie prächtig zu gedeihen. Erst seit der Krise muss das neoliberale Gesellschaftsexperiment als gescheitert gelten.

Nicht nur deshalb, weil sich erwiesen hat, dass die forcierte Deregulierung des Finanzsektors ein Rezept ist für den Weltuntergang. Die marktfundamentalistische Wirtschaftsordnung ruhte auf Grundhypothesen, die sich leider als nicht haltbar erweisen.

Erstens das Tickle-down-Prinzip: Es postuliert, dass Reichtum an der Spitze der Gesellschaft automatisch allen zugutekommt, weil das Kapital investiert wird, Arbeitsplätze schafft und so in einem natürlichen Prozess nach unten sickert. Explodierende Einkommensunterschiede sind nach dem Tickle-down-Prinzip nicht grundsätzlich verwerflich, denn am Ende werden alle profitieren.

Ein zweites Prinzip ist die Chancengleichheit. Eine Gesellschaftsordnung kann keinen Bestand haben, wenn sie nicht als gerecht empfunden wird. Der Neoliberalismus gab vor, die Verteilungsgerechtigkeit durch die Chancengleichheit zu ersetzen. In Amerika existieren zwar grosse Vermögensunterschiede, aber, so meinte man, dafür war die soziale Mobilität höher als in Europa. Solange jeder eine faire Chance hat, sich hochzuarbeiten, kann starke Ungleichheit als legitim gelten.

Von beiden Hypothesen bleibt heute nicht viel übrig. Wer redet noch von Chancengleichheit? Wann haben Sie das Wort zum letzten Mal in einer Politikerrede gehört? Es hat sich auf leisen Sohlen aus dem Vokabular verabschiedet. Es ist zu offensichtlich geworden, dass die Chancengleichheit sinkt, wenn die materielle Ungleichheit zu gross wird. In den USA ist die soziale Mobilität dramatisch gesunken, weit unter das europäische Niveau. Der Tellerwäscher wird nicht mehr Millionär.

Auch das Tickle-down-Prinzip, das bis zum Crash quasi als selbstevident gegolten hat, erweist sich als Illusion. Wenn es richtig wäre, hätten nicht so gigantische Kapitalsummen in Blasen gesteckt werden dürfen, wo sie nichts produzierten, sondern sich einfach in Luft auflösten. Es hätten niemals über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten die unteren Reallöhne sinken dürfen. Noch viel weniger hätte es geschehen dürfen, dass die Wirtschaft in einen Zustand gerät, in dem sich bei Investoren und Konzernen zwar riesige Kapitalreserven auftürmen, aber niemand mehr weiss, wie man dieses Kapital noch einsetzen kann. Genau dies geschieht aber heute.

Aktuell sitzen amerikanische Firmen Mitten in der Krise auf unglaublichen 2000 Milliarden Dollar Cash, von dem sie nicht wissen, was sie damit anstellen sollen — ein überwältigendes Zeugnis von nichtfunk-

tionierender Mittelallokation. Das stetige Hinuntersickern des Geldes von den Investoren und Unternehmern hätte eine steigende Flut erzeugen sollen, die alle Boote anhebt. So will es die Theorie der Markteffizienz. Doch die unteren Schichten sind abgesoffen. Am oberen Ende der Pyramide bildet die Kapitalkonzentration derweil einen grotesken, nutzlosen Wasserkopf.

Ein analoger Prozess hat in den Dreissigerjahren zur grossen Depression geführt — und John Maynard Keynes hat in der Folge eine Wirtschaftslehre entwickelt, welche die Marktwirtschaft nicht abschaffen, sondern eben vor ihren autodestruktiven Tendenzen in Schutz nehmen wollte. Die Weltwirtschaftsordnung der Nachkriegszeit beruhte weitgehend auf dem keynesianischen System und brachte der westlichen Welt eine Periode von unvergleichlicher Prosperität. Die Inflationskrise der Siebzigerjahre, die nebst dem Ölschock durch eine zu lockere Geldpolitik und zu hohe Lohnsteigerungen verursacht wurde, hat die Vormachtstellung des Keynesianismus beendet.

Aber die jetzige Entwicklung scheint seine Theorie zu bestätigen, allerdings im Negativen. In Krisenzeiten wird Kapital nicht automatisch wieder investiert, wie es die klassische Ökonomie postuliert hat. Diese Annahme betrachtete Keynes als ihren Grundfehler. Die Summe der Investitionen bleibt nach Keynes in Krisenzeiten vielmehr hinter der Summe der Ersparnisse zurück. Die Anleger bleiben misstrauisch und bunkern ihre Schätze. Ausweitungen der Geldmenge erzeugen nur noch minimale Effekte. Es können nur noch staatliche Investitionen der Wirtschaft neue Wachstumsimpulse geben. Das ist der Punkt, an dem wir heute wieder stehen.

Schuldenabbau oder Wachstumspolitik?

Natürlich sind die Staaten mittlerweile so stark verschuldet, dass ihr Spielraum begrenzt ist. Seit Ausbruch der Finanzkrise streiten sich die Experten, was wichtiger ist. Sollen die Staaten mit Sparprogrammen ihre Haushalte sanieren, um wieder Vertrauen herzustellen? Oder sollen sie sich noch mehr verschulden, um die Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen? In den USA scheint die Entwicklung der Zinsen auf Staatsanleihen eindeutig zu belegen, dass kurzfristig eine höhere Verschuldung möglich wäre. Wenn die Anleger an der Zahlungsfähigkeit eines Landes zu zweifeln beginnen, dann steigen die Zinsen — was man etwa im Fall von Spanien und Italien beobachten kann. Die Zinsen für US-Anleihen sind aber auf ein Rekordtief gesunken — das heisst, das

Anlegervertrauen in den amerikanischen Staat ist höher denn je, trotz der Herabstufung durch Standard&Poor's. Auch für die Gefahr einer Inflation, auf welche die amerikanische Notenbank mit Leitzinserhöhungen zu reagieren hätte, sind vorderhand keine Anzeichen zu sehen.

Allerdings ist es politisch unmöglich, weitere Konjunkturprogramme umzusetzen, da die zu ihrer Finanzierung erforderlichen Steuererhöhungen keine Mehrheit mehr finden. Der Anti-Etatismus wird zur selbsterfüllenden Prophezeiung. Es droht eine neue Rezession mit weiter anhaltender Massenarbeitslosigkeit. Im ungünstigsten Fall könnte die amerikanische Staatsschuld durch die Sparanstrengungen deshalb sogar erhöht, anstatt gesenkt werden.

In Europa ist die Lage nicht grundsätzlich anders. Die Staatsschuldenkrise hat hier zwar viel dramatischere Auswirkungen, aber nicht deshalb, weil die Staaten der Eurozone insgesamt tiefer in der Kreide stünden als die USA, sondern weil einzelne Staaten (Griechenland, Portugal, Irland) bereits völlig überschuldet sind und weiterhin nicht klar ist, wie weit die solventen EU-Staaten für die insolventen geradestehen werden. Auch die EU-Schuldenkrise hat primär politische Gründe. Es wird immer offensichtlicher, dass sie nur auf zwei Arten gelöst werden kann: Entweder Deutschland und die anderen starken Staaten finden sich bereit, einen substanziellen Teil der Schulden der Südländer zu garantieren (und Eurobonds zu emittieren) oder die Währungsunion wird auseinanderbrechen. Beide Perspektiven sind unerfreulich, doch der Untergang des Euro würde zu so schweren Verwerfungen führen, dass Deutschland zu guter Letzt die Eurobonds wohl akzeptieren muss.

Damit sollte die Schuldenkrise unter Kontrolle gebracht werden, auch wenn es eine Menge Geld kosten wird. Entscheidend wird aber auch für Europa sein, ob die hochverschuldeten Länder zu einer Wachstumsstrategie zurückfinden. Es reicht nicht, wenn der Euroraum den Staatsbankrott seiner Mitglieder verhindern wird. Die Frage ist: Woher wird das europäische Wachstum kommen?

Auch die Schweizer Wirtschaftsentwicklung hängt primär an dieser Frage. Unabhängig von der Frankenstärke, koppelt die Exportabhängigkeit die Schweizer Wirtschaft an das EU-Umland. Nicht nur die Nationalbank, auch der Bundesrat fährt deshalb schweres Geschütz auf. Wenn man den Interventionswille der Regierung als Indikator gelten lässt, müssen die Prognosen katastrophal sein. Zum Ver-

gleich: Um dem scharfen Abschwung im Jahr 2009 zu begegnen, hat der Bund zwischen November 2008 und September 2009 drei Konjunkturpakete verabschiedet, die sich insgesamt auf gut 1,8 Milliarden Franken beliefen. Jetzt sollen in einer einzigen Hauruckübung 2 Milliarden gesprochen werden. In Bern ist man offensichtlich überzeugt, dass ein Sturm heraufzieht. Allerdings dürfte der Bundesrat mit seinen Notmassnahmen ohnehin am Parlament scheitern. Auch in der Schweiz werden wohl die Zauderer das letzte Wort behalten.

Jenseits der Feuerwehrübungen wäre ohnehin eine grundsätzliche Neuorientierung vonnöten. Was immer wir von Marx wieder lernen können, es geht nicht darum, den Kapitalismus zu überwinden, sondern darum, ihn gegen sich selber in Schutz zu nehmen. Das war das Programm von Keynes. Was müsste heute geschehen?

Umverteilung ist gut

Über kurz oder lang müssten die Industriestaaten zu dem zurückfinden, was sie bis in die Siebzigerjahre gewesen sind: Mittelstandsgesellschaften. Die Einkommens- und Vermögensdisparitäten, die sich über die letzten dreissig Jahre entwickelt haben, führen zu wirtschaftlicher Ineffizienz und politischer Desintegration. Das gilt nicht mehr nur von den Vereinigten Staaten, sondern auch von Grossbritannien und den kontinentaleuropäischen Ländern, insbesondere von Deutschland.

Die Steuersysteme müssen wieder eine stärkere Umverteilung bewerkstelligen. Umverteilung ist gut: So lautet die Kurzformel für die Lehre, die aus dem gegenwärtigen Epochenbruch zu ziehen ist. In sämtlichen Industriestaaten sind die Steuersysteme stetig weniger progressiv geworden. Hohe Einkommen, Kapitalgewinne und Unternehmensgewinne wurden immer weiter entlastet, nicht progressive Steuern wie die Mehrwertsteuer und Sozialversicherungsabgaben wurden ständig erhöht. Nicht überall ist die Gesamtfiskalquote gesunken wie etwa in den USA. Gesunken ist jedoch der Umverteilungseffekt der Steuerlast, auch in der Schweiz. Anstatt dass die Politik die Explosion der Lohn disparitäten zu mildern versucht hätte, wurden unter dem Druck der Standortkonkurrenz in allen Ländern Reformen eingeleitet, welche die Einkommensungleichheiten verstärken.

Der amerikanische Milliardär Warren Buffet ruft mittlerweile in der «New York Times» laut danach, dass Leute wie er endlich höher besteuert werden

sollen. Er tut das nicht etwa aus Masochismus. Er möchte ganz einfach, dass die Wirtschaftsordnung seines Landes endlich eine Zukunft hat.

Man kann an dieser Stelle den Einwand machen, dass in den meisten Ländern Sozialausgaben und Rentenansprüche überproportional gestiegen sind. Die Kostentreiber dieser Entwicklung sind jedoch klar identifizierbar: Es handelt sich einerseits um die Gesundheitskosten, die vom Fortschreiten der medizinischen Machbarkeit, und um die Altersvorsorge, die von den demografischen Verschiebungen nach oben getrieben werden. Hier sind Anpassungen zu vollziehen. Das bedeutet aber nicht, dass die Umverteilung von unten nach oben nicht forciert werden sollte — besonders aufseite der Einnahmen. Sonst werden sich die Demokratien über kurz oder lang zu Vermögensoligarchien wandeln.

Am wichtigsten ist jedoch, dass die Industrienationen sich andere Wachstumsperspektiven erschliessen als Blasenwirtschaft und Exportoffensiven, die dauerhafte Handelsbilanzdefizite erzeugen und die Importländer ruinieren. Wer seine Kunden in den Bankrott treibt, hat ein Problem mit seinem Geschäftsmodell. Es müssen wieder gesunde Rahmenbedingungen geschaffen werden für inländischen Konsum. Es ist ein Ammenmärchen, dass in Zeiten der Globalisierung und unter dem Druck der «chinesischen» Konkurrenz, Lohnmoderation und Exporte die einzige Wachstumsoptionen sind. In China steigen die Löhne ungleich schneller als die Produktivität. Ihr Wachstum macht die Schwellenländer nicht gefährlicher für den Westen. Im Gegenteil: Auch die Schwellenländer werden immer abhängiger vom eigenen Binnenkonsum.

Die Lehren der Geschichte

Das keynesianische Wirtschaftssystem der Nachkriegsjahrzehnte beruhte auf einem gesellschaftlichen Konsens, der geprägt war von den Erfahrungen der grossen Depression und den anschliessenden Verwerfungen, die in die Jahrhundertkatastrophe des Zweiten Weltkriegs führten. Die Vernichtungsdrohung durch den Stalinismus — die tödlichste Herausforderung, der die freie Welt je zu begegnen hatte — war der zweite Faktor, der den Westen zur Institutionalisierung eines auf Ausgleich bedachten Gesellschaftsmodells bewegte. Man braucht nicht den Teufel an die Wand zu malen, aber die Frage stellt sich heute, welche Katastrophenerfahrungen diesmal nötig sein werden, damit wieder ein gesellschaftlicher Grundkonsens entsteht für egalitäre Wirtschaftsformen. Bisher hat sich der Marktfundamentalismus erstaunlich resistent gezeigt gegen den Reality Check der Krisenerfahrung. Noch aber ist diese Krise nicht vorüber.

Es muss ein neuer Konsens entstehen für eine Wirtschaftsordnung, in der wieder in vernünftigem Masse umverteilt wird, in der ein vernünftiges Gleichgewicht herrscht zwischen Freiheit und Verantwortung, in der der Staat das Funktionieren der Märkte garantiert. Man kann dieses Ideal sozialdemokratisch nennen. Man kann es aber auch als bürgerlich bezeichnen. •

Daniel Binswanger ist Redaktor des «Magazins».